

DOI: 10.5771/0342-300X-2023-2-82

Deutschland braucht keine angebotspolitische Zeitenwende

ACHIM TRUGER

Tiefe Wirtschaftskrisen, wie sie durch die Corona-Pandemie und die Energiekrise hervorgerufen wurden, sind schlechte Zeiten für Marktliberale und Ordnungspolitiker*innen, die sich traditionell gegen staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft und für einen schlanken Staat aussprechen. Denn auch sie wissen, dass es katastrophale Folgen – bis hin zu wirtschaftlicher Depression und Massenarbeitslosigkeit – hätte, wenn in der Krise nach ehernen ordnungspolitischen Prinzipien agiert und auf unterstützende staatliche Maßnahmen verzichtet würde. Je länger die Krisen andauern, desto stärker wird bei ihnen jedoch der Drang, ein Zurückfahren der Staatstätigkeit anzumahnen. Vor diesem Hintergrund ist offenbar die Forderung nach einer angebotspolitischen Zeitenwende zu sehen, wie sie kurz vor dem Jahreswechsel 2022/2023 aus dem liberal geführten Bundesfinanzministerium kam.

Nach einem „Jahrzehnt der Verteilungspolitik und der Nachfragestärkung“ müsse eine „ordnungspolitische Trendwende zur Angebotspolitik“ gewagt werden, hieß es Medienberichten zufolge in einem internen Papier. Dahinter verbarg sich eine ganze Liste von teilweise durchaus sinnvollen Maßnahmen, wie etwa Bürokratieabbau und Beschleunigung von Planungsverfahren. An zentraler Stelle wird jedoch klar, dass es letztlich um allgemeine Steuersenkungen bei der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung geht. Eine solchermaßen interpretierte angebotspolitische Zeitenwende wäre jedoch aus mindestens drei Gründen verfehlt.

Erstens ist schon die zur Begründung angeführte Behauptung, es habe zuletzt ein Jahrzehnt der Verteilungspolitik und der Nachfragestärkung gegeben, schlicht falsch. Zwar wurde vor allem in der Corona-Krise – übrigens neben den Angebotskapazitäten – auch die Nachfrage stabilisiert. Die Vorkrisenjahre von 2010 bis 2019 waren jedoch gerade keine Phase der Nachfragestärkung, sondern im Gegenteil eine der Haushaltskonsolidierung. Zunächst wurden durch eine bis 2015 restriktive und später neutrale Finanzpolitik die Haushaltsdefizite der Finanzkrise zügig zurückgeführt und dann wegen der „Schwarzen Null“ permanent Haushaltsüberschüsse eingefahren. Dass dafür wegen der konjunktur- und arbeitsmarktbedingt sprudelnden Steuereinnahmen und der rückläufigen Zinsausgaben keine drastischen Ausgabenkürzungen notwendig waren, macht daraus noch kein Jahrzehnt der Nachfragestärkung.

Unter einer ähnlich verzerrten Wahrnehmung leidet die Behauptung, dass man auf ein Jahrzehnt der Verteilungspolitik zurückblicke. Zwar stimmt es, dass z. B. in der Rentenpolitik einige Leistungsausweitungen vorgenommen wurden und es gegenüber der „Agenda“-Zeit bis 2010 zumindest keine größeren zusätzlichen Sozialkürzungen gegeben hat. Blickt man aber auf einige der üblichen Indikatoren für die Einkommensverteilung, so wird deutlich, dass der drastische Anstieg der Ungleichheit von Mitte der 1990er Jahre bis zum Jahr 2005, der übrigens nicht zuletzt durch Steuersenkungen für einkommensstarke Haushalte und Unternehmen verursacht war, keineswegs umgekehrt wurde: Seit 2010 kam es zu

einem weiteren leichten Anstieg des Gini-Koeffizienten der Haushaltsnettoeinkommen, und die Armutsrisikoquote stieg trendmäßig nahezu ungebremst weiter. Dasselbe gilt für die Zunahme der Altersarmut. Ein Jahrzehnt ausgleichender Verteilungspolitik hat es also nicht gegeben, eher die Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben.

Zweitens wären allgemeine Steuersenkungen in der gegenwärtigen finanzpolitischen Lage hochriskant. Die öffentlichen Haushalte werden durch den beschlossenen Abbau der kalten Progression ohnehin bereits um über 30 Mrd. € jährlich dauerhaft geschwächt. In dem Bestreben, 2023 unbedingt wieder die Schuldenbremse einzuhalten, wurde im Bundeshaushalt 2023 die bestehende allgemeine Rücklage von über 40 Mrd. € fast auf einen Schlag aufgezehrt, sodass für die Folgejahre so gut wie kein Puffer verbleiben wird. Finanzminister Christian Lindner sieht für 2024 bereits Haushaltslöcher von 12 Mrd. € und verbreitet Sparappelle. Weitere Steuersenkungen würden die Löcher vergrößern. Dann würde 2024 die Sachzwanglogik der Schuldenbremse greifen und eine Kürzungspolitik drohen, bei der sowohl die Konjunktur als auch wesentliche Projekte der Ampelkoalition auf der Strecke bleiben könnten.

Drittens schließlich ist die Vorstellung, die anstehenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen könnten mit deutlich niedrigeren Steuern und einem geschrumpften Staat bewältigt werden, auch ganz grundsätzlich verfehlt. Bei einigen bestehenden Ausgaben mag es Einsparpotenziale geben, aber bei nüchterner Betrachtung dürfte klar sein, dass der Bedarf an zusätzlichen – auch öffentlichen – Ausgaben zur Bewältigung der Transformation hin zur Klimaneutralität, des Investitionsstaus bei den Kommunen und für Bildung sowie Forschung und Entwicklung sehr hoch ist. Hinzugekommen sind wegen des russischen Angriffskriegs erhebliche Mehrbedarfe bei den Verteidigungsausgaben. All das dürfte über einen längeren Zeitraum zusätzliche öffentliche Ausgaben in hoher zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr erfordern. Einiges davon ließe sich sinnvoller Weise über Kredite finanzieren, aber sicherlich nicht alles.

Damit ist klar: Auch wenn es manchen Ordnungspolitiker*innen missfällt, kann sich Deutschland angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen keine angebotspolitische Wende mit allgemeinen Steuersenkungen und einem kleineren und schwächeren Staat leisten. Im Gegenteil: Der Staat wird auf absehbare Zeit eine größere Rolle spielen müssen. ■

ACHIM TRUGER, Prof. Dr., lehrt Sozioökonomie mit dem Schwerpunkt Staats- und Staatsfinanzen am Institut für Sozioökonomie an der Universität Duisburg-Essen und ist Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

@ achim.truger@uni-due.de